

WER HAT ANGST VOR PHILOSEMITISCHEN ANTISEMITEN?

Posted on 15. November 2017

Ein Kommentar von Evelyn Hecht-Galinski.

Beginnen wir mit dem denkwürdigen Datum, als eine der philosemitischsten aller deutschen Kanzler/innen, Angela Merkel, ehemalige FDJ-Sekretärin und christliche Zionistin, ihre „zionistischen Leitlinien“ in die deutsche Grundordnung einzuführen. Möglicherweise hat der 18. März 2008, als sie ihre Rede vor dem israelischen Parlament, der Knesset, hielt, dem ungebremsen Philosemitismus alle Schleusen geöffnet und mit dieser „Merkel-Doktrin“ die „Stunde der Bewährung“, O-Ton Merkel, eingeläutet. [\(1\)](#)

Merkel erhob damit die Beziehungen zwischen Deutschland und dem „Jüdischen Staat“, der seit Jahrzehnten palästinensisches Land besetzt und raubt, auf ein noch höheres mehr als fragwürdiges Podest. Selbstverständlich waren auch Bundeskanzler vor und sicher auch nach Merkel sich der „besonderen historischen Verantwortung“ bewusst. Diese „besondere historische Verantwortung“ heißt jedoch nicht, dass man schweigen sollte zu dem von Israel tagtäglich begangenen Unrecht, sondern die Politik muss sich endlich mit dem aufgrund der Nazi-Vergangenheit doch sonst so verinnerlichten „NIE WIEDER“ in die Politik des Besatzerstaats Israel einmischen, und endlich ihre Verantwortung für das palästinensische Volk übernehmen.

Merkel hat ganz bewusst unter Ausklammerung der illegalen Besatzung Palästinas versucht, die Beziehungen zwischen beiden Ländern als eine unproblematische, freundschaftliche bilaterale Beziehung zu einem wichtigen Verbündeten der „christlich-jüdischen Werteallianz“ hinzustellen.

Sie untermauerte mit ihrem Statement die deutsche Unterstützung, die den „Jüdischen Staat“ in seinem „regionalen Umfeld“ immer mehr dazu befähigt, militärische Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen, so dass NIEMAND seine nationale Integrität oder politische gefährden kann. Merkel stellte sich mit ihrer „Staatsräson“ und seinen fatalen Konsequenzen ganz klar auf die Seite des „Jüdischen Staates“ und gegen das internationale Völkerrecht. Mit der uneingeschränkten Solidarität und Anerkennung des jüdischen Anspruchs auf Palästina, auf vorgebliche „Selbstverteidigung“, die nichts anderes bedeutet als die illegale jüdische Besatzung und den Bruch des Völkerrechts. Dazu wurde der „Jüdische Staat“ mit von Deutschland bezahlten Rüstungsgütern wie Massenvernichtungswaffen, atomwaffenfähigen Dolphin U-Booten

Patrouillenbooten auf Kosten des deutschen Steuerzahlers reich beschenkt. Immerhin ist Deutschland unter Merkel nach den USA der zweitgrößte Lieferant für Rüstungsgüter geworden. Auch wenn sich Deutschland, ebenso wie die EU, in den illegal besetzten Gebieten finanziell mit hunderten Millionen beteiligt, dann offenbart das doch nur das Versagen und die Hilflosigkeit dieser Außenpolitik. Bestärkt wird allein das jüdische Besatzer-Regime, das mit seiner völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik weiter fortfahren kann. Schon immer wurden sie mit Samthandschuhen angefasst, auch wenn immer wieder EU- oder UN-Eigentum zerstört wird, und alles was vom zionistischen Aggressor zerstört wurde, wurde immer wieder neu von Deutschland und der EU wieder aufgebaut, auf UNSERE, und nicht etwa auf Besatzerkosten.

Allerdings machte diese militärische Zusammenarbeit, also die Rüstungsgeschenke, nur einen Teil der Zusammenarbeit aus. Ganz fatal finde ich, dass nun, 72 Jahre nach Kriegsende, deutsche Bundeswehrsoldaten ihre Zusammenarbeit – die mit gegenseitiger(!) Ausbildung und Tunnelkampf begann – mit der „Jüdischen Verteidigungsarmee“, also mit einer der brutalsten Besatzungsarmeen der Welt, „vertiefen“ und mit mehr als bedenklichen Abkommen intensivieren. Unerträglich ist, dass sich zum ERSTEN Mal nach dem Holocaust die deutsche „Eiserne Kreuz“-Luftwaffe und die „Jüdische Verteidigungs-Luftwaffe, die mit dem „mörderischen“ Symbol des Davidsterns über Palästina fliegt und dazu noch gerührt war von diesem Symbol der „emotionalen Zusammenarbeit, ihr gemeinsames größtes Manöver in der Geschichte des „Jüdischen Staates“ abhalten. Mit dabei sind noch die USA, Frankreich, Italien Griechenland, Polen(!), sowie Indien, dass die glücklicher Weise NICHT anwesende, sich verweigernde Türkei ersetzte!. (2)

Mit Grausen erleben wir also, wie deutsche Soldaten über dem Himmel des illegal besetzten Palästina „Anti-Terroreinsätze“ üben. Wer definiert diesen Terror in einem Umfeld, indem sich eine Nato-Allianz in einem Anti-Terror Kampf übt, also zusammen mit Piloten, die nichts anderes tun, als mit ihren Einsätzen Terror und illegale Besatzung zu unterstützen. Eigentlich fehlen nur noch die saudischen Freunde in dieser Allianz des westlichen Grauens. Währenddessen sitzen die Kriegs- und Außenminister von 23 EU-Staaten in Brüssel, um „unabhängiger“ von den USA zu werden. Allerdings fehlt Dänemark, das sich nicht beteiligen

will und Brexit-Großbritannien, während Irland, Malta und Portugal sich diese Teilnahme noch überlegen wollen. Diese Allianz hat in einer „feierlichen“ Zeremonie ein Dokument unterschrieben, das den Grundstein für eine europäische Verteidigungsunion legt. Es ist ein Jubeltag für die Rüstungsindustrie, denn schließlich steht in dem Dokument, dass die 23 EU-Staaten zur Einhaltung von 20 konkreten Teilnahmebedingungen verpflichtet. Ganz nach Trumps und USA Erpressungsbefehl, mit der Drohung, dass US- Brigaden, Waffen und Stützpunkte (endlich!) Deutschland verlassen würden. Nur zu und was ist mit den vielen Atomwaffen, die sollten doch schon längst verschwinden. Aber wieder einmal hat sich die EU als gehorsamer Befehlsempfänger gefeiert, was für ein trauriger Tag für den Frieden. Aber alle sind zufrieden, von Nato, bis zu EU. Tatsächlich beinhalten meiner Meinung nach drei besonders bedenkliche Vereinbarungen: eine regelmäßige Erhöhung der Verteidigungsausgaben, die gemeinsame Beteiligung an Rüstungsprojekten und die Bereitstellung von Soldaten für die „Krisenreaktionskräfte“ (welche Interessengruppe hat sich dieses Wort wohl ausgedacht?); dieser Begriff war ursprünglich für die „EU-Battlegroups“ erfunden worden, allerdings wartet diese „Schlachtruppe“ immer noch auf ihren Einsatz. Nichts davon war im deutschen Wahlkampf zu hören gewesen, weder Merkel, noch Schulz brachten dieses wichtige Thema ins Spiel. Wohlweislich. Aber nach dem Wahlkampf ist alles anders und alle Skrupel sind dahin. Da spricht der SPD-noch-Außenminister Gabriel gar von einem „Meilenstein der europäischen Entwicklung hin zu einem großen Schritt in Richtung Selbständigkeit und Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU“. Allerdings war es auch derselbe Gabriel, der den mehr als umstrittenen Bundeswehreinsatz in Mali, zusammen mit Frankreich mit dem denkwürdigen Satz untermauerte, „das sind wir den Franzosen schuldig“. Was für eine Ungeheuerlichkeit, den „Anti-Terror-IS „Kriegseinsatz“ plausibel zu machen. (3)

Während Gabriel den Einsatz in Mali legitimierte, bringt sich die Kanzlerin in Stellung mit ihrem Einsatz für die „Sicherheit“ des Jüdischen Staates, der – mit Verlaub – über eine der bestausgerüsteten Armeen der Welt und über Atomwaffen verfügt. Diese verlogene Politik ist auch ein Grund dafür, dass sich immer mehr Bürger angewidert abwenden von den etablierten Parteien und Lobbyisten-Politikern.

Nachdem deutsche Philosemiten mit falschen Behauptungen einen Krieg gegen die BDS-Kampagne

(Boykott, Divestment, Sanctions) und seine Unterstützer angefangen haben, sollten wir zurückschlagen. Tatsächlich scheuen sich deutsche Politiker ALLER Parteien nicht, verbindliche Tatsachen des Völkerrechts auszuhebeln und völlig haltlos zu verwenden, wenn es um Israel geht. Dass die Stadt München und ihr SPD-Oberbürgermeister auf 16(!) Seiten die BDS-Kampagne gegen Israel für „antisemitisch“ hält, zeigt nur, dass sie nichts verstehen vom Menschen- und internationalen Völkerrecht; und dies kann man mit Fakten widerlegen. Nur ein Beispiel: „Mit dem Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge inklusive ihrer Nachkommen würde man die Existenz Israels als jüdischer Nationalstaat in Abrede stellen“. Dazu möchte ich feststellen, dass es das völkerrechtlich verbindliche „Recht auf Rückkehr“ gibt, und ist in der Universalen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert. Dort heißt es im Artikel II, „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land zu verlassen, einschließlich das seine zu verlassen und in sein Land zurückzukehren. Wie zu Nazi-Zeiten wollen einige Unbelehrbare wieder einmal „Sonderrechte“ für Juden.

(4)

OB-Reiter will das Rückkehrrecht für die aus ihrer Heimat vertriebenen Palästinenser verweigern, unterstützt aber das mehr als anrühige israelische „Recht“ ALLER Juden in das illegal besetzte Palästina „zurückzukehren“. Diese philosemitischen Antisemiten wollen zudem BDS-Unterstützern und Israel-Kritikern, darunter jüdischen Aktivisten, ein Sprechverbot in öffentlichen Räumen erteilen und verunglimpfen diese in infamer Weise als Antisemiten! Sicher wäre Albert Einstein in München heute auch Sprechverbot auferlegt worden. Soweit ist es in München, der „Hauptstadt der Bewegung“, schon wieder gekommen. und andere deutsche Städte wie Frankfurt und Berlin wollen ähnliche Maßnahmen ergreifen, die das Recht auf Meinungsfreiheit aushebeln. Es wäre an der Zeit, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, denn wir erleben eine neue Welle von konzertierten medialen Aktionen der Israel-Lobby, gegen die wir uns alle wehren sollten. Wehret den Anfängen! Wer hat Angst vor philosemitischen Antisemiten? (5) (6)

+++

Danke an die Autorin für das Recht der Zweitverwertung.

Dieser Text erschien zuerst auf der Seite „Sicht vom Hochblauen“: "Wer hat Angst vor philosemitischen

Antisemiten?"

+++

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

Alle Beiträge von KenFM sind ab sofort auch auf der KenFM App verfügbar: <https://kenfm.de/kenfm-app/>

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten hier: <https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>